



Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2016/0205(NLE)

8.12.2016

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Ausschuss für internationalen Handel

zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens (CETA) zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits (10975/2016 – C8-0438/2016 – 2016/0205(NLE))

Verfasser der Stellungnahme: Georgi Pirinski

PA_Leg_Consent

KURZE BEGRÜNDUNG

Das entscheidende Endergebnis des CETA muss in der Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze, ausgewogenen Lohn- und Gehaltserhöhungen und erweiterten Möglichkeiten für das Unternehmertum bestehen. Was die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze betrifft, deuten empirische Belege, die auf der Realität entsprechenden Modellen beruhen, bei der Beschäftigung in der EU höchstens auf einen marginalen Zuwachs um insgesamt nicht mehr als 0,018 % in einem Durchführungszeitraum von 6 bis 10 Jahren hin. Des Weiteren würden aktuellen Studien zufolge, bei denen derartige Modelle verwendet wurden, in der EU tatsächlich 204 000 Arbeitsplätze verloren gehen, darunter 45 000 in Frankreich, 42 000 in Italien und 19 000 in Deutschland. Darüber hinaus gehen aus der Nachhaltigkeitsprüfung von 2011 erhebliche sektorale Verschiebungen hervor, die eine höhere Langzeitarbeitslosigkeit zur Folge hätten.

Was die Löhne und Gehälter betrifft, gibt es Belege dafür, dass das Abkommen zur Vergrößerung des Einkommensgefälles zwischen Fachkräften und ungelerten Arbeitskräften beitragen würde, sodass die Ungleichheiten und sozialen Spannungen zunehmen würden. Darüber hinaus werden beträchtliche Umverteilungseffekte beim Nationaleinkommen vorhergesagt, die sich in der EU auf einen Anstieg in Höhe von 0,66 % zugunsten von Kapitaleigentümern belaufen würden, was eine Verstärkung der sozialen Verwerfungen zur Folge hätte.

Das Abkommen enthält kein einziges Kapitel mit konkreten Maßnahmen zur Unterstützung von KMU. In der EU gibt es derzeit 20,9 Mio. KMU (93 % haben weniger als 10 Mitarbeiter), von denen jedoch nur 619 000 in Länder außerhalb der EU ausführen. In dem liberalisierten Umfeld, das durch das CETA geschaffen würde, wären diese KMU der vollen Kraft der Konkurrenz von großen nordamerikanischen transnationalen Unternehmen ausgesetzt, sodass die 90 Mio. Arbeitsplätze, die sie bereitstellen (67 % aller Arbeitsplätze), gefährdet würden.

Obwohl das CETA ein besonderes Kapitel über Handel und Arbeit enthält, besteht ein eindeutiges Missverhältnis zwischen dem für Investoren und die Arbeitnehmerinteressen und -rechte vorgesehenem Schutzniveau. Der privilegierte Status, der Investoren mit dem System des Internationalen Zentrums zur Beilegung gewährt wird, steht im starken Gegensatz zu dem für den Schutz von Arbeitnehmerinteressen und -rechten vorgesehenen Konsultationsmechanismus.

Des Weiteren hat Kanada das Übereinkommen der IAO über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen bislang nicht ratifiziert, und es fehlt immer noch ein System der Sanktionen in Fällen des Verstoßes gegen Arbeitnehmer- und Sozialrechte und arbeits- und sozialrechtliche Vorschriften.

Durch die Erleichterung des Nord-Nord-Handels verlagern sich die Handelsströme nachweislich weg vom Handel mit Entwicklungsländern, wobei in diesem Fall in erster Linie afrikanische Länder betroffen wären. Dies ist angesichts der Tatsache, dass die Verwirklichung der Ziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung unbedingt vorangebracht werden muss, da darin die einzige Möglichkeit besteht, die zunehmenden Ungleichheiten zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu überwinden und dem rasch zunehmenden Migrationsdruck zu begegnen, besonders schädlich.

Es bestehen weiterhin ernsthafte Zweifel daran, dass die Klausel über das Internationale Zentrum für Beilegung und der Grundsatz der vorläufigen Anwendung mit geltendem EU-Recht vereinbar sind.

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten sieht sich vor diesem Hintergrund gezwungen, den Ausschuss für internationalen Handel zu ersuchen, die Zustimmung zu dem Abkommen zu verweigern.

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ersucht den federführenden Ausschuss für internationalen Handel, die Ablehnung des Vorschlags für einen Beschluss des Rates über den Abschluss des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens (CETA) zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits zu empfehlen.

VERFAHREN DES MITBERATENDEN AUSSCHUSSES

Titel	Abschluss des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits
Bezugsdokumente - Verfahrensnummer	10975/2016 – C8-0438/2016 – COM(2016)0443 – 2016/0205(NLE)
Federführender Ausschuss	INTA
Stellungnahme von Datum der Bekanntgabe im Plenum	EMPL 24.11.2016
Verfasser(in) der Stellungnahme Datum der Benennung	Georgi Pirinski 9.11.2016
Prüfung im Ausschuss	29.11.2016
Datum der Annahme	8.12.2016
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 27 -: 24 0: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Laura Agea, Brando Benifei, Mara Bizzotto, Vilija Blinkevičiūtė, Enrique Calvet Chambon, David Casa, Ole Christensen, Martina Dlabajová, Czesław Hoc, Agnes Jongerius, Rina Ronja Kari, Jan Keller, Adam Kósa, Agnieszka Kozłowska-Rajewicz, Jean Lambert, Patrick Le Hyaric, Jeroen Lenaers, Verónica Lope Fontagné, Javi López, Thomas Mann, Dominique Martin, Anthea McIntyre, João Pimenta Lopes, Georgi Pirinski, Marek Plura, Sofia Ribeiro, Maria João Rodrigues, Claude Rolin, Anne Sander, Sven Schulze, Romana Tomc, Yana Toom, Ulrike Trebesius, Marita Ulvskog, Renate Weber, Jana Žitňanská
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Daniela Aiuto, Maria Arena, Georges Bach, Deirdre Clune, Karima Delli, Tania González Peñas, Edouard Martin, Evelyn Regner, Joachim Schuster, Monika Vana, Tom Vandenkendelaere, Flavio Zanonato, Gabriele Zimmer
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 200 Abs. 2)	John Stuart Agnew, Hannu Takkula